



Zum Attentat auf den französischen Staatspräsidenten.

Paris, 7. Mai. Der Präsident der Republik, Paul Doumer, ist am Samstag früh 4.40 Uhr den Verletzungen, die ihm bei dem Anschlag beigebracht worden sind, erliegen. Bereits nach Mitternacht hatten die Ärzte die Hoffnung aufgegeben. Am Sterbebett weilten seine Gattin, seine beiden Töchter und sein Schwiegersohn, ferner Ministerpräsident Tardieu, der Minister für die nationale Verteidigung Vietri, der Innenminister und andere Mitglieder der Regierung. Die drei Söhne Doumers sind im Weltkrieg gefallen.

Am 5.15 Uhr wurde die Leiche nach dem Elysée, der Wohnung des Staatspräsidenten, übergeführt und, geschmückt mit dem Großkreuz der Ehrenlegion und anderen Orden und Ehrenzeichen, vorläufig aufgebahrt. Vormittags wurde die Einbalsamierung vorgenommen.

Am 11.30 Uhr fand im Außenministerium ein Kabinettsrat statt, in dem die Einzelheiten über die Beisetzungsfeierlichkeiten festgesetzt wurden; die Beisetzungsfeierlichkeiten in der Notre-Dame-Kirche, die Beisetzung im Pantheon statt. Von Montag nachmittag an kann das Publikum an der aufgebahrten Leiche im Elysée vorbeiziehen.

Der Ministerrat hat weiter beschlossen, die Nationalversammlung, die die Wahl des neuen Präsidenten vorzunehmen hat, auf Dienstag nachmittag 2 Uhr nach Versailles einzuberufen. Die bisherige Kammer, also die 1928 gewählten Abgeordneten, werden an der Wahl des neuen Präsidenten teilnehmen, da die Befugnisse der neuen Kammer erst am 1. Juni beginnen.

Als neuer Staatspräsident kommt der Senatspräsident Lebroun in Frage.

Paris in Trauer

Paris, 7. Mai. Alle öffentlichen Gebäude, die Botschaften und Gesandtschaften haben die Flagge auf Halbmast gesetzt. Auch zahlreiche Privatgebäude haben Halbmast gesetzt oder Fahnen mit schwarzem Flor ausgehängt. Seit Samstag früh hatten die amtlichen Persönlichkeiten, unter ihnen Botschafter von Hoelz, dem Präsidentschaftspalais ihren Besuch ab.

Paris, 7. Mai. Der Dichter Claude Farrère, der bei dem Anschlag gegen den Präsidenten der Republik verwundet wurde, hat eine schlechte Nacht verbracht. Die Kugel konnte aus dem Arm entfernt werden, jedoch die Kugel in der Schulter noch nicht.

In Monaco wurde die Frau Gorguloffs auf Ersuchen der französischen Regierung verhaftet.

Gorguloff ist nach dem Santé-Gefängnis übergeführt worden. Seine Frau, die am Samstag in Paris eintrifft, ist eine 1899 in Winterthur in der Schweiz geborene Annamaria Geng, die Gorguloff 1931 in Villancourt bei Paris geheiratet hat.

Verhinderung der Hinrichtung eines Mörders in Paris

Paris, 8. Mai. Am Samstag früh sollte einer von zwei Brüdern, die wegen Mords zum Tod verurteilt waren, und von denen der ältere vom Präsidenten der Republik begnadigt worden war, öffentlich hingerichtet werden. Infolge des Attentats hat die Regierung beschlossen, die Hinrichtung aufzuschieben.

Botschaft Tardieus

Paris, 8. Mai. Ministerpräsident Tardieu hat im Namen der Regierung die folgende Botschaft an das französische Volk gerichtet: „An das französische Volk! Der Präsident der Republik ist ermordet worden. Ganz Frankreich ist darüber in größte Bestürzung geraten. Es beklagt den berühmten Greis, dessen Leben den Diensten Frankreichs gewidmet und dessen vier Söhne für die Verteidigung Frankreichs gefallen sind. Ganz Frankreich verneigt sich vor der trauernden Witwe ihres ebenfalls auf dem Feld der Ehre gefallenen Gatten. Zollen wir dem Staat durch Ruhe und Würde die einzige Ehrung, die er gewünscht hat. Morgen wird das Volk seine Vertreter wählen; am Dienstag wird die Nationalversammlung den neuen Präsidenten bestimmen; am Donnerstag wird das Volk von Paris Paul Doumer aus dem Elysée in das Pantheon führen. In der Erinnerung an den großen Diener und in Durchführung des Befehles wird Frankreich seine Trauer und seine Einheit zu beständigen wissen. Es lebe Frankreich, es lebe die Republik! gez. Tardieu, Ministerpräsident.“

Beileidstelegramm des Reichspräsidenten

Berlin, 7. Mai. Reichspräsident von Hindenburg hat an die Witwe des verstorbenen Präsidenten der französischen Republik Doumer nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet: „Tief erschüttert von der Nachricht des Ablebens ihres Herrn Gemahls, bitte ich Sie, hochverehrte gnädige Frau, meiner aufrichtigsten und herzlichsten Anteilnahme versichert zu sein. Möge der Allmächtige Ihnen die Kraft geben, auch diesen letzten Schicksalsschlag zu ertragen und Ihnen mit seinem Troste beistehen.“

Reichspräsident von Hindenburg.

Ferner entsandte der Herr Reichspräsident seinen Staatssekretär zum hiesigen französischen Botschafter, um diesem persönlich den Ausdruck seines Beileids an dem durch das verabscheuungswürdige Attentat erfolgten Ableben des französischen Präsidenten zum Ausdruck zu bringen.

Der Reichskanzler sandte ein Beileidstelegramm an Tardieu und der preussische Ministerpräsident Braum ein solches an Frau Doumer.

Trauerbeflaggung in Berlin

Berlin, 7. Mai. Anlässlich des Ablebens des Präsidenten der französischen Republik haben das Reichspräsidentium, die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt (mit Presse-Abteilung) und der Reichstag die Flaggen auf Halbmast gesetzt.

Reichshaushalt 1932 fertiggestellt — Arbeitsbeschaffungsgesetz vom Kabinett und Reichsrat verabschiedet

Berlin, 8. Mai. Das Reichskabinett hat den Reichshaushalt 1932 bis auf wenige Zahlen am Samstag nachmittag verabschiedet und dem Reichsrat zugeleitet. Der Reichstag wird ihn nach Pfingsten erhalten. Bei der weiteren Beratung der Arbeitsbeschaffung wurde festgestellt, daß die Anordnung der 40-Stundenwoche einen bedeutenden Ausfall an Lohnsteuer mit sich bringen würde. Der Arbeitslosenaufwand übersteigt die verfügbaren Mittel um 600 Millionen Mark. Man vermutet, daß die Krisensteuer durch Notverordnung erweitert werden soll. Es ist auch die Rede davon, daß das Reich die 100 Mill. Mark einsparen kann, die der preussischen Regierung als Uebernahmepreis für die preussischen Siedlungsgesellschaften durch das Reich zugesichert worden waren. Preußen müßte dann seinen Fehlbetrag von 100 Mill. Mk. doch durch eine Schlachtfsteuer decken.

Besondere Sorge macht die steuerfreie Prämienanleihe. Die Meinung des Reichsarbeitsministers, es ließen sich hierfür 1200 oder gar 1400 Mill. Mk. aufbringen, ist nun vollständig ausgefallen; im Kabinett rechnet man noch mit einem Ergebnis von höchstens 300 bis 500 Millionen. Aber auch diese Erwartung wird von Sachverständigen als viel zu hoch bezeichnet. Die steuerfreie Reichsbahnleihe hatte das sehr mäßige Ergebnis von knapp 150 Millionen und viele Zeichner dieser Anleihe haben mittlerweile dringend ersucht, aus der Verpflichtung entlassen zu werden, da sie den gezeichneten Betrag nicht aufbringen können. Es wird befürchtet, daß die Prämienanleihe noch weit hinter dem Zeichnungsergebnis der Reichsbahnleihe zurückbleiben werde. Im Kabinett selber war ein starker Widerstand gegen die Prämienanleihe und gegen das neue Ermächtigungsgesetz zu überwinden.

Der Reichsrat ist am Samstag telegraphisch einberufen worden und hat noch am Samstag abend das Ermächtigungsgesetz genehmigt. Württemberg, Braunschweig, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz ließen das Protokoll noch offenhalten.

Der Reichsrat hat zwei Änderungen beschlossen: 1. die Anleihe soll nicht im Weg des Kredits, sondern durch Ausgabe von Schuldverschreibungen (vorwiegend als Prämienanleihe) beschafft werden; 2. die Vorlage soll nicht als selbständiges Gesetz, sondern als Ergänzung des Schuldenhilfsgesetzes behandelt werden.

Das Gesetz ging dem Reichstag zu und dient ihm am Montag als Grundlage für die große politische Aussprache.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags ist zur Beratung der Vorlage der Sozialversicherung auf Dienstag einberufen worden.

Neue Nachrichten

Kabinettsberatungen über den Haushalt

Berlin, 8. Mai. Das Reichskabinett hat die Beratungen über den Reichshaushalt plötzlich wieder aufgenommen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der eben fertiggestellte Haushaltsplan für das neue Rechnungsjahr sich schon nicht mehr ausgleicht. Während Reichsfinanzminister Dietrich die zwangslängigen Ausgaben auf 8,5 Milliarden errechnet hat, steht nun fest, daß die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben erheblich hinter dieser Summe zurückbleiben werden. Sie haben im Rechnungsjahr 1931/32 bis 31. März insgesamt nur 7,8 Milliarden erbracht und werden so gut wie sicher im Lauf des neuen Rechnungsjahrs noch weiter zurückgehen.

Es wird nun auch bekannt, daß der Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold nicht bloß wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald über die Arbeitsbeschaffung und die Prämienanleihe zurückgetreten ist, sondern daß ihm dazu hauptsächlich Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichsfinanzminister und einigen andern Kabinettsmitgliedern

über neue Steuern oder Abgaben zur Deckung des Fehlbetrags in der Arbeitslosenversicherung veranlaßt haben.

Neue Abgaben?

Berlin, 8. Mai. Trotz der amtlichen Versicherung, daß für die geplante Anleihe für Arbeitsbeschaffung weder eine Zwangsanleihe noch eine außerordentliche Vermögensabgabe geplant sei, wollen die Gerüchte über derartige bevorstehende Notverordnungen nicht verstummen, weil man allgemein die Ausbringung von 1200 Millionen Mark durch eine „freiwillige“ Prämienanleihe für möglich hält. Jedenfalls werden starke Eingriffe in die Sozialversicherung vorgenommen werden, das Reich hat frühere Zuschüsse an die Invaliden, die Knappschafts- und die Arbeitslosenversicherung gestrichen, da sie ja doch nicht zurückbezahlt werden könnten. Trotzdem hat sich bei der Invalidenversicherung wieder ein Fehlbetrag von 197 Mill. Mark ergeben, und sie hat für 1932 einen monatlichen Zuschußbedarf von 21 Millionen. Nun sollen, wie verlautet, die Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten weiter um fünf, vier und drei Mark gekürzt werden, aber auch die Renten der Knappschafts- und Angestelltenversicherung, obgleich letztere im letzten Jahr einen eigenen Vermögenszuwachs von 260 Millionen Mark hatte. Die Arbeitslosenversicherung ist nicht in der Lage, ihr Reichsdarlehen von 150 Mill. Mark vom Jahr 1930 zurückzuzahlen. In sehr bedrängter Lage befindet sich vollends die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung. Die preussische Regierung hat eine allgemeine Reichs-Notabgabe vorgeschlagen. Darüber hinaus soll eine Zusammenfassung von Krisensteuer, Krisenlohnsteuer und Beamtengehaltskürzung als Sonderabgabe geplant sein.

Andererseits soll nach Zeitungsberichten für das Steuerjahr 1932 eine Senkung der Vermögenssteuer (Anpassung an die seit 1. Januar 1931 eingetretenen Wertgänge) und eine entsprechende Senkung der Erbschaftsteuer und der Grunderwerbsteuer in Aussicht genommen sein.

Anleihegesetz zur Arbeitsbeschaffung

Berlin, 8. Mai. Das Reichskabinett hat am Freitag abend das Anleihegesetz zur Arbeitsbeschaffung verabschiedet. Seine weitestgehende Bestimmung lautet, wie RdZ. hört: „Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für Siedlungen, Meliorationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstiger Arbeitsbeschaffung Geldmittel im Weg des Kredits zu beschaffen.“ Das Gesetz soll mit dem Tag seiner Verkündung in Kraft treten.

Das endgültige Ergebnis der Preußenwahlen

Berlin, 8. Mai. Das endgültige Ergebnis der Wahlen zum preussischen Landtag liegt nunmehr vor. Danach beträgt die Gesamtzahl der Abgeordneten 423, und zwar sind gewählt worden 350 Abgeordnete direkt, 31 durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden und 42 auf die Landesliste. Eine Änderung in der Zahl der Abgeordneten tritt lediglich bei der Sozialdemokratie ein. Diese hat mit ihren 4675173 Stimmen 94 (statt 93) Sitze erhalten und zwar 82 direkt, 6 durch Listenverbindungen und 6 durch die Landesliste.

Vollendung des Deutschen Museums

München, 8. Mai. In Anwesenheit der hervorragenden Vertreter der deutschen Kultur- und Geisteswelt begann das Deutsche Museum am Samstag, am Geburtstag seines Schöpfers, die Vollendung des Wertes, das Oskar v. Millers Lebensinhalt ist und seinem Schaffen ein Denkmal setzt. Gegen 10 Uhr lehrte die Auffahrt der Wagen ein, die die Gäste des Museums an seinem Ehrentag zur Sitzung des Verwaltungsrats brachten, mit der der Festtag des Deutschen Museums eingeleitet wurde. Die Sitzung wurde von Professor Dr. Junkers eröffnet.

Am Schluß der Ausschusssitzung teilte Staatsminister Dr. Goldenberger mit, daß an eine ganze Reihe von Persönlichkeiten der Museums-Ring verliehen wurde.

Der Museums-Ring in Gold wurde u. a. verliehen an Oberregierungsrat Professor Georg Baumgartner, Reichsminister a. D. Professor Dr. Anton Fehr, an den hiesigen Vorsitzenden des Verwaltungsrats der I. G. Farbenindustrie, Dr. Adolf Häuser, Oscar Meißner, Berlin, Professor Dr. Ing. Adolf Nägele, Dresden und an das Vorstandsmittglied der Deutschen Bank- und Disconto-Gesellschaft Berlin, Dr. Emil v. Stauff. Ferner wurde einer großen Anzahl von Persönlichkeiten der Museums-Ring in Silber verliehen.

Der Rücktritt der österreichischen Regierung

Wien, 8. Mai. Ueber der Frage der von drei Parteien geforderten Auflösung des Nationalrats ist die zweite Regierung Buresch zu Fall gekommen. Der tiefere Grund war aber nicht der Streit um die Auflösung, denn von dieser spricht schon niemand mehr, und über eine Neuwahl im Sommer wäre auch niemand erregt gewesen. Der zweite Abgang des Kabinetts Buresch war vielmehr, wie seinerzeit der erste, stark von parteipolitischen und per-



